



**CDU** RATSFRAKTION DER  
STADT OSNABRÜCK

Christopher Peiler  
Fraktionsgeschäftsführung  
Telefon (0541)323-4300  
Telefax (0541)27217  
Mobil: 0172 5757117

[Peiler@osnabrueck.de](mailto:Peiler@osnabrueck.de)  
[www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de](http://www.cdu-ratsfraktion-osnabrueck.de)

Pressemitteilung  
Nummer 29/2016

8. August 2016

## **CDU sieht Erweiterung des Open-Air-Festivals positiv**

„Das Schlossgarten-Open-Air-Festival war ein sehr großer Erfolg für Osnabrück, zehntausende Besucher und den Veranstalter. Wir stehen einer Erweiterung im nächsten Jahr positiv gegenüber. Das kann ein dritter Festivaltag mit DJ Robin Schulz ebenso sein wie ein Klassik-Open-Air mit dem Osnabrücker Symphonieorchester.“ Das erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Fritz Brickwedde, der daran erinnerte, dass die Nutzung des Schlossgartens für das Festival gegen die Stimmen der SPD durchgesetzt wurde.

Die SPD-Fraktion habe seinerzeit ihre ablehnende Haltung zur Nutzung des Schlossgarten für Open-Air-Konzerte damit begründet, dass mit erheblichen Schäden zu rechnen sei. Das sei aber nicht eingetreten.

Aufgrund der geltenden Beschlusslage wurde der Schlossgarten 2015-2017 für ein Open-Air-Konzert pro Jahr der Goldrush Productions GmbH zur Verfügung gestellt. Am Vorabend dürfe ein weiteres Konzert stattfinden.

Sollte es eine konkrete Erweiterungsabsicht des Veranstalters geben, müsse darüber in den Gremien des Rates noch einmal neu entschieden werden. Das gelte auch für eine Fortsetzung des Festivals in den Jahren ab 2018. Die CDU habe 2014 für das Schloßgarten-Open-Air-Festival gestimmt und werde das auch in Zukunft tun.

Die Qualität des Programms, die volle Auslastung durch Besucher aus ganz Deutschland, der Ansehensgewinn für Osnabrück durch begeisterte Teilnehmer: alles spreche für eine Fortsetzung und Erweiterung der attraktiven Veranstaltung. Auch die Einschätzung der Polizei, dass alles "ruhig und friedlich" verlaufen sei, unterstütze eine Fortsetzung. Das Festival sei gut für Hotels und Gastronomie in Osnabrück und letztlich auch für die Stadt, die rund 12.000 Euro Gebühren vereinnahmen könne.